

RVR schlägt dem Land vor, die L 821n zu bauen – ohne erneute Diskussion

Am kommenden Montag hätte es für die Befürworter und Gegner der L 821n richtig spannend werden können – wird es aber aller Voraussicht nach nicht. An diesem Tag tagt der Strukturausschuss des RVR und auf dessen Tagesordnung steht am 8. Stelle des Jahresbauprogramm 2018 für die Maßnahmen des Landesstraßenausbauplans.



Die Bürgerinitiative für die L 821n entfernt die Schilder an der Kamp- und Schulstraße und wird sie gegebenenfalls durch neue ersetzen.

Wie erwartet, wird dann auch über die umstrittene Ortsumgehung für Weddinghofen und Oberaden gesprochen. Mehr aber auch nicht, denn erneut ist es das einzige baureife Straßenbauprojekt im Ruhrgebiet. Und da das Ruhegebietsparlament bereits 2015 dem Land empfohlen hatte, die L 821n in das Jahresbauprogramm aufzunehmen, erübrigt sich nach Auffassung des RVR eine erneute Beschlussfassung – nicht nur durch den Strukturausschuss, sondern auch durch die Verbandsversammlung.

Letztes Wort in Sachen L 821n hat deshalb jetzt die neue Landesregierung und der Düsseldorfer Landtag, die das

Jahresbauprogramm im Rahmen der Haushaltsplanberatungen beschließen muss. Aufgrund der neuen Rahmenbedingungen in NRW-Regierung und Parlament sieht der CDU-Stadtverbandschef und Vorsitzende des Bergkamen Ausschusses für Umwelt, Bauen und Verkehr Marco Morton Pufke die Chancen für die Realisierung der L 821n als erheblich gestiegen an.

Denn die schwarz-gelbe Regierung hat bereits angekündigt, die Mittel für den Straßenneubau erheblich aufzustocken. Die waren zuletzt von Rot-Grün von 67 auf 32 Millionen im Jahr zusammengestrichen worden zugunsten der Sanierung von Landstraßen.

Pufke wie auch der Kampstraßenanlieger und CDU-Stadtverordnete Gerd Miller kritisierten nochmals die Zusatzbedingungen, die die SPD-Mehrheitsfraktion in die Stellungnahme des Stadtrates zur L 821n hineingeschrieben hatten. Gefordert wurden unter anderem die Herabstufung der Jahnstraße und der Schulstraße, die jetzt noch Landesstraßen sind. Erwartet werden auch Fördermittel, damit nach dem Bau der L 821n verkehrsberuhigt ausgebaut werden können. Pufke erklärte, dass die dafür notwendige zusätzliche Mittelbereitstellung dazu führen könnten, dass die Landesregierung die L 821n nicht in das Ausbauprogramm aufnehmen könnte.